

Pressemitteilung

AfD Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg



Berlin, den 04.02.2026

Schildbürgerstreich am Nollendorfplatz – Echte Sicherheit statt bunter Symbole!

Der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg Karsten Franck, erklärt:

„Während Berlin unter einer Welle der Kriminalität und ungelösten Verkehrsproblemen leidet, verliert sich die schwarz-rote Koalition unter Federführung der CDU in identitätspolitischer Effekthascherei. Dass ausgerechnet die CDU den Nollendorfplatz mit Zusatzschildern versehen will, um die Sichtbarkeit der LSBTIQ*-Community zu erhöhen, zeigt, wie weit sich diese Partei von bürgerlich-konservativen Werten entfernt hat.

Besonders hanebüchen ist die Begründung, das Schild diene als ‚Signal gegen queerfeindliche Gewalt‘. Ein zusätzlicher Aufkleber an einem Bahnhofsschild hat noch nie einen Straftäter gestoppt. Während die Befürworter von ‚Akzeptanz und Vielfalt‘ schwadronieren, sprechen die harten Fakten eine andere Sprache: Die polizeilichen Statistiken für das Jahr 2025 belegen das Ausmaß der Gewalt in Berlin. Anstatt die innere Sicherheit durch eine verstärkte Polizeipräsenz und eine konsequente Abschiebestrategie für kriminelle Gefährder zu stärken, flüchtet sich Senatorin Bonde in die Anbringung von Zusatzschildern.

Auch das Argument des touristischen Mehrwerts zieht nicht. Der Vergleich mit dem historisch bedeutsamen ‚Checkpoint Charlie‘ ist geradezu anmaßend. Der Nollendorfplatz ist bereits seit Jahrzehnten als Zentrum der Szene bekannt, und die weithin sichtbare Regenbogen-Beleuchtung der Bahnhofskuppel existiert bereits seit 2014. Wer hier noch zusätzliche Schilder benötigt, um den Kiez zu finden, dem ist auch mit Symbolpolitik nicht geholfen.

Wir fordern die BVG und den Senat auf, sich endlich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Angesichts von Warnstreiks, massiven Ausfällen im ÖPNV und einer prekären Sicherheitslage ist die Verschwendung von Ressourcen für ideologische

Beschilderungen ein Schlag ins Gesicht aller Berliner Steuerzahler. Berlin braucht keine neuen Schilder, sondern einen Rechtsstaat, der seine Bürger schützt – vor allem im Schöneberger Norden!“

V.i.S.d.P. AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Pressekontakt: Karsten Franck, k.franck@afd-fraktion-ts.de Tel. 0176 955 088 56